



**Ingbert Liebing**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ingbert Liebing, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 71 173  
☎ (030) 227 – 76 142  
✉ [ingbert.liebing@bundestag.de](mailto:ingbert.liebing@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Nordfriesland**  
Heckenweg 1  
25813 Husum  
☎ (04841) 23 28  
☎ (04841) 800 180  
✉ [ingbert.liebing@wk.bundestag.de](mailto:ingbert.liebing@wk.bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord**  
Hamburger Str. 7  
25746 Heide  
☎ (0481) 34 06  
☎ (0481) 53 82

Berlin, 04. Juli 2007

Sehr geehrte

herzlichen Dank für Ihre Postkarte, mit der Sie sich an der „Aktion Abstimmung“ beteiligt haben. Den Wunsch nach mehr direkter Volksbeteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen nehme ich ernst, doch hege ich gegen die Einführung plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz sehr große Bedenken.

Mit gutem Grund hat sich der Parlamentarische Rat nach den Erfahrungen der Weimarer Republik bei der Formulierung des Grundgesetzes für eine strikt repräsentative Demokratie entschieden. Die repräsentative Demokratie beruht darauf, dass die Politiker verantwortlich handeln und nicht ihre Entscheidungskompetenz an das Volk delegieren und sich damit aus ihrer Verantwortung stehlen. Sachplebiszitäre Entscheidungsverfahren sind keine geeigneten Instrumentarien, um den demokratischen Verfassungsstaat effizienter zu gestalten. Die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit stellt sich nämlich dann nicht mehr.

Darüber hinaus geben Plebiszite gut organisierten und artikulationsfähigen Minderheiten das Instrumentarium, ihre Macht noch stärker als bisher auf Bundesebene durchzusetzen. Die Bürger könnten angesichts der erforderlichen Quoren ihre Initiativen in aller Regel nicht selbst vorantreiben, sondern wären auf die Unterstützung von Verbänden und Vereinigungen angewiesen. Infolgedessen besteht die Gefahr der Bevormundung des Bürgers durch demokratisch nicht legitimierte Vereinigungen.

Die Einführung plebiszitärer Elemente würde das parlamentarische Regierungssystem folglich nicht ergänzen, sondern schwächen. Das



**Ingbert Liebing**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

parlamentarisch-repräsentative System bietet insgesamt den weitaus geeigneteren Rahmen für einen möglichst gerechten Interessensausgleich in Politik und Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ingbert Liebing, MdB